



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

KIRCHE, STAAT UND GESELLSCHAFT

- | | | |
|---|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Staat und Kirche in Russland: Alter Wein in neuen Schläuchen? | | 2 |
| Regina Elsner, Berlin | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Russland als Verteidiger traditioneller Werte? Eine Idee und ihre Grenzen | | 5 |
| Kristina Stoeckl, Innsbruck | | |
| ■ UMFRAGE | | |
| Kirche, Staat und Gesellschaft in Umfragen | | 8 |
| ■ AUS RUSSISCHEN BLOGS | | |
| »Darf man in Russland noch Atheist sein?« | | |
| Eine Debatte über das Gerichtsurteil gegen den Blogger Sokolowskij | | |
| wegen »Beleidigung der Gefühle von Gläubigen« | | 11 |
| Sergey Medvedev, Berlin | | |
| <hr/> | | |
| ■ NOTIZEN AUS MOSKAU | | |
| <i>Renowazija</i> | | 14 |
| Jens Siegert, Moskau | | |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| 11. – 25. Mai 2017 | | 17 |

Staat und Kirche in Russland: Alter Wein in neuen Schläuchen?

Regina Elsner, Berlin

Zusammenfassung

Die Proteste gegen die Übergabe der Isaakskathedrale in St. Petersburg an die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) und die jüngsten Gerichtsverfahren gegen die Zeugen Jehovas und den Blogger Sokolowskij werfen Fragen zum Verhältnis von Kirche und Staat in Russland auf. Ein genauerer Blick zeigt, dass sich die Interessen von Kirche und Staat in vielen Fragen so nah sind, dass ihre Wechselwirkung nur ungenügend als Instrumentalisierung bezeichnet werden kann. Die Ideologisierung der Politik in Putins dritter Amtszeit hat mit ihrer ausgeprägten religiösen Rhetorik der Kirche einen Wirkungsraum eröffnet, der sie an vergangene, vorrevolutionäre Zeiten eines symphonischen Miteinanders erinnern mag. In der Gesellschaft regt sich jedoch auch Widerstand.

Neue Proteste gegen die Kirche

Im Winter 2017 gingen zunächst Hunderte, schließlich Tausende Menschen in St. Petersburg auf die Straße, um gegen die Übergabe der Isaakskathedrale an die ROK zu protestieren (s. den Beitrag von Jens Siegert in den [Russland-Analysen Nr. 331](#)). Auch wenn es in den vergangenen Jahren in ganz Russland häufiger zu Protesten gegen Kirchbauten kam, so unterscheidet sich der Petersburger Protest von diesen doch deutlich, u. a. durch seine vehemente Kritik an den offenkundigen, aber nicht öffentlichen Verabredungen zwischen Kirchen- und Staatsvertretern. Jenseits der historischen und juristischen Nuancen der Übergabe des Gebäudes zeigt der Fall, dass sich das Verhältnis von Staat und Kirche, aber auch das von Gesellschaft und Kirche in den letzten Jahren gewandelt hat.

100 Jahre Trennung von Staat und Religion

2017 jähren sich sowohl die Revolution als auch das Landeskonzil der orthodoxen Kirche in Russland (15./28. Aug. 1917 – 7./20. Sept. 1918) zum hundertsten Mal. Während die Kirche auf diesem Konzil ihren Wunsch nach Unabhängigkeit vom Staat formulierte und gleichzeitig auf einer Bewahrung der Privilegien als historisch, moralisch und kulturell staatstragender Institution bestand, wandten sich die Bolschewiki radikal gegen jeden Einfluss oder öffentliches Wirken der Kirche insgesamt. Die rigorose Religionspolitik der bolschewistischen und später sowjetischen Regierung führte zu einer massiven Unterdrückung und Verfolgung der Kirche und der Gläubigen. Nur durch Kompromisse mit der Staatsmacht konnte die Kirche als Institution in der Sowjetunion überleben.

In den 1990er Jahren ermöglichte eine äußerst liberale Religionspolitik die Wiedergeburt der ROK, aber auch das Erstarken und die Verbreitung anderer Religionen. Der Konkurrenz finanziell starker religiöser Gemeinschaften aus dem Ausland war die russische

Kirche jedoch weder institutionell noch theologisch gewachsen; sie suchte die Unterstützung des Staates zur Stärkung ihrer Position.

Ihr Appell an die zu wahrende Einheit des Volkes und seine notwendige moralische und kulturelle Stärkung fiel in der politischen Situation des drohenden Zerfalls der Nation und angesichts des gesellschaftlichen Identitätsvakuums Ende der 1990er auf fruchtbaren Boden.

Das bis heute geltende Religionsgesetz von 1997 sichert den sogenannten »traditionellen Religionen« – der Orthodoxen Kirche, dem Judentum, Islam und Buddhismus – eine privilegierte Stellung zu. In einem rechtsstaatlichen Format scheint heute somit das Konzept des Landeskonzils von 1917/18 verwirklicht: Eine unabhängige Kirche, die in ihrer vorrangigen öffentlich-rechtlichen Stellung anerkannt wird. In der aktuellen Situation, angesichts eines autoritären politischen Systems, wird die erneuerte enge Verbindung von Kirche und Staat allerdings zunehmend problematisch.

Repressive Gesetzgebung mit kirchlichem Segen?

Seit 2012 lässt sich eine neue Welle der Einschränkung der Religionsfreiheit beobachten, die im Kontext der allgemeinen Repressionen gegen eine unabhängige Zivilgesellschaft zu sehen sind. Im Juni 2013 wurden als Folge des Falls »Pussy Riot« verschiedene Gesetzesänderungen zum »Schutz religiöser Gefühle« verabschiedet. Diese wurde bisher vorrangig im Sinne der ROK angewendet, aktuell etwa im Verfahren gegen den Blogger Ruslan Sokolowskij. Der wurde am 11. Mai 2017 zu dreieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt, weil er in seinem Blog Aufzeichnungen darüber publiziert hat, wie er in der zentralen orthodoxen Kirche Jekaterinburgs das Smartphone-Spiel »Pokemon Go« spielte und kirchenkritisch kommentierte.

Im Rahmen einer Reihe von Gesetzesänderungen, des sogenannten »Jarowaja-Pakets«, wurden im Sommer

2016 im Religionsgesetz zusätzliche Bestimmungen zur Einschränkung missionarischer Tätigkeit festgeschrieben, die ursprünglich islamistische Prediger betreffen sollten. Sie werden jedoch in erster Linie gegen »nichttraditionelle« religiöse Gemeinschaften angewendet, also gegen Freikirchen und neue religiöse Bewegungen. Im Herbst 2016 wurde aufgrund der neuen Bestimmungen in St. Petersburg gegen einen Yoga-Lehrer ermittelt, und ein protestantischer Bischof wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, beide wegen angeblicher unerlaubter missionarischer Tätigkeit. Im April 2017 stufte man die seit vielen Jahren schikanierten Zeugen Jehovas als »extremistische Organisation« ein, sie sind damit in Russland verboten. Das Vergehen dieser grundlegend pazifistischen Gemeinschaft besteht laut Gericht in erster Linie in der Verbreitung extremistischer Literatur, in der andere Religionen abgewertet würden und die zur Verweigerung staatsbürgerlicher Pflichten wie dem Wehrdienst und der Beteiligung an Wahlen aufrufe.

Die ROK ist größte religiöse Gemeinschaft und in Person von Patriarch Kirill Vorsitzende des »Interreligiösen Rates Russlands«, der 1998 als Vertretungsorgan der sogenannten traditionellen Religionen Russlands gegründet wurde. In dieser Funktion und durch ihre durch Kooperationsverträge geregelte Vernetzung mit den Ministerien nimmt sie an der Ausarbeitung entsprechender Gesetze beratend oder spätestens in der Phase der parlamentarischen Überarbeitung korrigierend teil. Die genannten gerichtlichen Entscheidungen haben auch unter Gläubigen der ROK großes Unverständnis ausgelöst. Allerdings stehen sie im Einklang mit der offiziellen Position der ROK, dass der Staat zum Schutz der moralischen und geistlichen Unversehrtheit der Bevölkerung verpflichtet sei.

Dies gilt umso mehr, als Präsident Putin 2012 den Schutz »traditioneller Werte« – im Kern meint dies konservative Moralvorstellungen, den Schutz des klassischen Familienbilds und nationale Einheit und Souveränität – zu einem Schwerpunkt seiner dritten Amtszeit gemacht hat. Dieser Schwerpunkt illustriert die schrittweise Formierung einer staatlichen Ideologie, die von orthodoxer Rhetorik geprägt ist (etwa bei den Themen »ewiger Werte« und der Bedeutung der Tradition als Fundament der geistlichen Einheit des Volkes) und auf die Mobilisierung der national-konservativen Bevölkerungsteile sowie eine klare Trennung zwischen »Uns« und den »Anderen« abzielt.

Für die Kirche eröffnete sich damit die Möglichkeit, entsprechende Diskurse maßgeblich in ihrem Interesse zu prägen. Bei aller plakativer Distanzierung von politischen oder wirtschaftlichen Interessen besteht doch in Fragen der Tradition und Moral ihre ausdrückliche – und gesellschaftlich anerkannte – Kompetenz.

So entsprechen etwa das Gesetz zum Schutz Minderjähriger vor angeblich schädlichen Informationen, u. a. über Homosexualität (2013) oder die Entkriminalisierung von häuslicher Gewalt als Schutz vor dem staatlichen Eingreifen in die Familie (2016) langjährigen kirchlichen Anliegen. Der gegenwärtig von Kirche und Staat geplante »Rat für Kultur, Religion und internationale Angelegenheiten« beim Vorsitzenden des russischen Parlaments, der sich mit »Fragen des moralischen Klimas in der Gesellschaft, patriotischer Erziehung und der Prävention von kulturellem Extremismus« befassen soll, spricht für den wachsenden offiziellen Einfluss der ROK auf politische Entscheidungen.

In der aktuellen Konstruktion einer auch moralisch überlegenen Identität Russlands sind sich die Interessen von Staat und Kirche sehr nah. Auch die Diskriminierung Andersdenkender bzw. Anderslebender wird so möglich und gerechtfertigt. Die Sehnsucht der Kirche nach dem byzantinischen Ideal einer Symphonie von Staat und Kirche macht sie blind für die Opfer dieser vereinheitlichenden Politik in einer modernen Gesellschaft, und sie bedingt die Tatsache, dass der Protest gegen das korrupte und autoritäre politische Regime immer auch die Kirche trifft.

Der Eindruck einer kirchlichen Unterstützung für den repressiven Staat entsteht jedoch nicht nur durch das synchrone Interesse an einer wertkonservativen und homogenen Gesellschaft. Es darf schließlich nicht übersehen werden, dass die Mehrzahl der Anzeigen und öffentlichen Skandale wegen angeblicher Verletzung religiöser Gefühle von selbsternannten Verteidigern des orthodoxen Glaubens ausgehen. Sogenannte »orthodoxe Aktivisten«, aber auch lokale Priester, Politiker und Richter unterstützen ohne Zögern die neue Kultur der Gekränktheit und Denunziation. Dies gilt im Übrigen auch für den massiven Einsatz orthodoxer Rhetorik durch Politiker und pro-russische Aktivisten in der Auseinandersetzung mit der Ukraine, wo sich die Kirchenleitung bemerkenswert zurückhält. Das Ausbleiben einer offiziellen kirchlichen Distanzierung zu offen hetzenden und oft gewalttätigen Exzessen gegen Andersdenkende im Namen der Orthodoxie stellt ihr Interesse an einer rechtsstaatlichen Gesellschaft weit mehr in Zweifel, als die Beteiligung an Gesetzfindungsverfahren. Die Frage, ob die Kirchenleitung diese orthodoxen Aktivisten selbst fördert oder aber von ihnen getrieben wird, ist allerdings nur schwer zu beantworten.

Kirchbauten als Stein des Anstoßes

Es ist bezeichnend, dass nicht moral- oder religionspolitische Gesetze, sondern Kirchbauten für einen spürbaren Protest gegen die Kirche gesorgt haben. Die Rückgabe von religiösen Gebäuden an religiöse Gemeinschaften

ist dabei kein Novum. Seit den 1990er Jahren werden religiöse Gebäude, die in der sowjetischen Zeit zweckentfremdet genutzt oder dem Verfall überlassen wurden, den jeweiligen Glaubensgemeinschaften zurückgegeben. Diese Prozesse wurden von der Bevölkerung und den Gläubigen aller Religionen ausdrücklich begrüßt.

2010 trat ein Gesetz in Kraft, welches die bis dahin geltenden Regeln deutlich lockerte, bürokratische Hürden senkte und die Definition von »religiösen Gebäuden« erweiterte. Das geschah zu einem Zeitpunkt, an dem der tatsächliche Bedarf an Gottesdiensträumen sowohl durch Rückgabe als auch durch Neubauten weitgehend gedeckt war. Das Gesetz löste eine Welle von Protesten in der Bevölkerung und unter Verantwortlichen von Museen aus, die sich um den angemessenen Denkmalschutz und die öffentliche Zugänglichkeit der kulturhistorisch bedeutenden Gebäude sorgten. Die Rückgabeforderungen der ROK betrafen zunehmend prestigeträchtige historische Gebäude, die bereits auf Staatskosten umfassend saniert worden waren, große Einnahmen durch Touristen versprachen und für ein regelmäßiges Gemeindeleben aus verschiedenen Gründen nicht geeignet schienen. Dies gilt auch für die Isaakskathedrale in St. Petersburg. Der Petersburger Gouverneur hatte die Übergabe zunächst mehrfach abgelehnt, seine Zustimmung im Dezember 2016 wird auch auf vertrauliche persönliche Gespräche mit Patriarch Kirill und Präsident Putin zurückgeführt. Im April 2017 teilte das Patriarchat schließlich mit, dass die Kathedrale direkt dem Patriarchen unterstellt würde und dieser sich deshalb direkt an den Absprachen beteiligt hätte. Der Status als Kirche des Patriarchen verstärkte die Kritik, dass der politische Symbolwert der Kirche und nicht die pastoralen Bedürfnisse der Gläubigen im Mittelpunkt stünden. Die Proteste sind auch vor dem Hintergrund einer anhaltenden enormen Bautätigkeit der ROK zu sehen. Das Unverständnis der Menschen entlud sich in den letzten Monaten oft dort, wo neue Kirchbauten die Grünflächen in Wohngebieten verdrängten oder offensichtlich enorme Geldsummen verbrauchten, deren Herkunft unklar und darum zweifelhaft ist.

Schließlich kommt eine politische Spitze hinzu: Patriarch Kirill nannte die Rückgabe im Jahr des Revolutionsjubiläums eine »Verkörperung von Einigkeit und gegenseitigem Verzeihen«. Damit zitiert der Patriarch den Präsidenten, der in seiner Ansprache vor der Föderalversammlung im Dezember 2016 zur Einheit und Versöhnung der Gesellschaft angesichts des Revolutionsgedenkens und im Bewusstsein der »Gefahren« gegenwärtiger Revolutionen aufrief (vgl. [Russland-Analysen Nr. 327](#)). Unter dem Stichwort der Einmütigkeit der Bevölkerung und den Gefahren einer Revolution hatte die Kirche bereits 2012 versucht, den wachsenden Pro-

test in der Gesellschaft auszubremsten. Nun argumentiert der Patriarch, die Übergabe der Kirche sei ein Akt historischer Gerechtigkeit und dürfe nicht politisiert werden. Angesichts des Schulterschlusses zwischen Kirche und Staat bei der ideologischen Homogenisierung der Gesellschaft hat diese Berufung auf rein religiöse Angelegenheiten allerdings ihre Plausibilität verloren. Vor dem Hintergrund der hohen Akzeptanz der ROK in der russischen Bevölkerung als moralischer Kompass und zentrales Element der russischen Identität zeigen die unerwartet heftige Proteste gegen die Gebäudeübergabe die Sollbruchstelle im Verhältnis von Kirche und Gesellschaft: Sie verläuft dort, wo kirchliches Handeln nur noch politischen und kommerziellen Interessen folgt und in keinem Verhältnis mehr zu den Bedürfnissen der Menschen steht. Symbolträchtige Kirchbauten gehören offenbar nicht zu diesen Bedürfnissen. Allerdings ist es in der aktuellen Situation auch deutlich ungefährlicher, um Gebäude zu kämpfen, denn gegen staatliche Repressionen.

Fazit

Das Verhältnis von Kirche und Staat in Russland ist komplex und unterscheidet sich von westlichen Modellen. In vielen Fragen sind sich die Interessen von Kirchenleitung und Staatsführung so nah, dass die Rede von einer Instrumentalisierung der Kirche oder einer Klerikalisierung der Politik zu kurz greift. Die patriarchalen Strukturen des Staates und seine Suche nach einer stabilen Identität in vergangenen Zeiten ergänzen sich mit den grundsätzlich bewahrenden und wertkonservativen Prinzipien der Kirche und mit dem Bedürfnis der Gesellschaft nach einfachen Antworten.

Die Ideologisierung der Politik in Putins dritter Amtszeit hat mit ihrer ausgeprägten religiösen Rhetorik der Kirche einen Wirkungsraum eröffnet, der letztere an vergangene Zeiten eines symphonischen Miteinanders erinnern mag. Neben der Tatsache, dass ein kritischer Blick in die Geschichte dieses harmonische Miteinander schnell als Fata Morgana entlarven kann, stößt es auch in der Gesellschaft zunehmend auf Widerstand.

Für die Bewertung der Position der Kirche ist zu beachten, dass sie nicht nur aus einer in die Politik verstrickten Kirchenleitung besteht. Zur Kirche gehören auch große Teile derjenigen, die gegen Repressionen, Korruption und die Politisierung der Kirche auf die Straße gehen. Zu dieser Kirche gehören auch Theologen, die sich nach 100 Jahren erstmalig frei von staatlicher Bevormundung mit dem theologischen Verständnis eines modernen Staates befassen. Zu dieser Kirche gehören aber eben auch große Gruppen radikal konservativer und rechtspopulistischer Stimmungsmacher, darunter Priester, Richter und Politiker, die im Namen

der Orthodoxie hetzen. Die Zukunft des Staat-Kirche-Verhältnisses wird u. a. davon abhängen, welche Haltung die Kirchenleitung zu dieser innerkirchlichen Viel-

falt und damit zur Vielfalt der modernen russischen Gesellschaft sowie zur wachsenden, politisch forcierten Atmosphäre der Intoleranz findet.

Über die Autorin

Dr. Regina Elsner (geb. 1979) ist katholische Theologin und promovierte 2017 in Münster zum Umgang der Russischen Orthodoxen Kirche mit Moderne und Modernisierung. Sie arbeitete zuletzt am Ökumenischen Institut der Universität Münster in einem Forschungsprojekt zur Rolle der Orthodoxie im politischen Leben Russlands.

Lesetipps

- Bremer, Thomas: Kreuz und Kreml. Geschichte der orthodoxen Kirche in Russland. Freiburg i.Br., 2016.
- Chapnin, Sergej: A Church of Empire, in: First Things, November 2015; <<https://www.firstthings.com/article/2015/11/a-church-of-empire>>.
- Agadjanian, Alexander: Turns of faith, search for meaning: Orthodox Christianity and post-Soviet experience, Frankfurt/Main, 2014.
- PEW Research Centre: Religious Belief and National Belonging in Central and Eastern Europe, 10. Mai 2017; <<http://www.pewforum.org/2017/05/10/religious-belief-and-national-belonging-in-central-and-eastern-europe/>>.

ANALYSE

Russland als Verteidiger traditioneller Werte? Eine Idee und ihre Grenzen

Kristina Stoeckl, Innsbruck

Zusammenfassung

Die in westlichen Medien viel kommentierte Rolle Russlands eines selbsterklärten globalen Verteidigers traditioneller christlicher Werte wird von der Russischen Orthodoxen Kirche nur zum Teil unterstützt. Ein rechter, fundamentalistischer Flügel der Kirche wehrt sich gegen internationales Engagement und ökumenische Zusammenarbeit, selbst bei moralkonservativen Themen.

Einleitung

Seit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sind Verbindungen zwischen US-amerikanischen und russischen christlichen Rechts-Konservativen ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt. »How Russia became the leader of the global Christian Right« (Politico Magazine, 9. 2. 2017), »Vladimir Putin's popularity is soaring among republicans« (The Washington Post, 27. 2. 2017), oder »Steve Bannon's Would-Be Coalition of Christian Traditionalists« (The Atlantic, 23. 2. 2017) sind nur drei ausgewählte Nachrichtentitel der vergangenen Monate, die allesamt einen Inhalt als Tenor haben: Russland, und insbesondere die Russische Orthodoxe Kirche seien zum Motor einer Grenzen und Konfessionen überschreitenden christlichen, moralkonservativen Bewegung geworden, die das Ziel verfolge, liberale Werte und demokratische Freiheiten einzuschränken. Aber ist Russland in der Tat auf dem Weg, der Anführer einer globalen christlichen Rechten zu werden?

Eine globale christliche Rechte?

Zutreffend an dieser Einschätzung ist, dass es tatsächlich seit vielen Jahren Verbindungen zwischen christlichen Konservativen in den USA, Europa und Russland gibt. Hiermit sind jedoch nicht die üblichen kirchlichen Kontakte gemeint, sondern vielmehr Verbindungen innerhalb eines religiös motivierten und politisch rechts stehenden Teils der Zivilgesellschaft, der sich zu Themen der Moralpolitik wie der Verteidigung eines traditionellen Familienbildes oder Ablehnung von Abtreibung und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften transnational vernetzt. Organisationen wie der »World Congress of Families«, 1997 von US-amerikanischen und russischen Moralkonservativen gegründet, sind Plattformen für den Austausch von Expertisen und Strategien im »Kampf gegen Säkularismus«, der in den Augen dieser Akteure Christen in ihren eigenen Ländern zu Verfolgten macht. Russland, wo die Russische Orthodoxe Kirche ihren Einfluss auf den Staat geltend gemacht und eine

Reihe von Gesetzen mit durchgesetzt hat, die bei konservativen Christen Anklang finden (das Werbeverbot für »nicht traditionelle Beziehungen« unter Jugendlichen, das Gesetz zum Schutz religiöser Gefühle), erscheint den Traditionalisten im Westen nahezu als »Sehnsuchtsort«, wie es Masha Gessen treffend dargestellt hat (s. i. d. Lesetipps). Dieser Eindruck wird von den modern und professionell auftretenden russischen Vertretern dieser neuen orthodoxen Rechten auch nach Kräften gefördert: Alexej Komow, Direktor der russischen Organisation »Semejnaja Politika« (dt.: »Familienpolitik«) erklärt im Interview ganz offen, dass er sich als Lobbyist in einem globalen Kulturkampf zwischen christlichen Werten und liberalem Säkularismus versteht. Russland und der russischen Orthodoxie kämen darin eine besondere Rolle zu, weil sie immerhin schon einmal einen militanten Säkularismus (den Sowjetkommunismus) überwunden hätten. Dieselbe Vision verbreiten Medien wie das Onlinejournal »katehon.com« (in nicht weniger als sechs Sprachen) oder der TV-Sender »tsargrad.tv«; Konstantin Malofejew, der Gründer dieser beiden Portale, steht dem erwähnten Komow nahe. Auf westlicher Seite wiederum mangelt es nicht an Verehrern Russlands. So zitierte unlängst das christliche Portal »LifeSiteNews« den italienischen Historiker und erklärten Kritiker des Zweiten Vatikanischen Konzils Roberto de Mattei mit der Aussage, der Westen brauche das neu bekehrte Russland für seine eigene Rettung; Steve Bannons Faszination für eine christliche Allianz, bekannt seit einer Rede aus dem Jahr 2014, wurde zuletzt in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 24. Februar 2017 noch einmal skizziert. Soweit lässt sich also feststellen, dass es tatsächlich in Russland und andernorts einzelne Personen und politisch aktive Gruppierungen gibt, die Russland als zentralen Akteur im Kampf für die traditionellen christlichen Werte verstehen, womit vor allem eine Gegnerschaft zu Liberalismus, Pluralismus und säkularer Gesellschaft gemeint ist.

Diese Tatsache und vor allem die Berichterstattung darüber sollte aber zu dem tatsächlichen innerrussischen und vor allem innerorthodoxen Kontext in Beziehung gesetzt werden, in dem sich diese vermeintliche Führungsrolle entwickelt. Ist die Russische Orthodoxe Kirche tatsächlich der Motor für eine globale christliche Bewegung, die paradoxerweise eher mit Putin als mit dem Patriarchen identifiziert wird? Oder agiert die Russische Orthodoxe Kirche lediglich als Stichwortgeberin und Imagetragerin für die russische Führungsrolle in Sachen traditionelle Werte?

Antiökumenische und fundamentalistische Kritik innerhalb der ROK

Die nach Außen getragene Einheit von russischem Staat und orthodoxer Kirche, die im Westen Bewunderer sucht und findet, verdeckt mehrere Schwächen der Rus-

sischen Orthodoxen Kirche, die allesamt 2016 offensichtlich geworden sind und sich als Problem für das vermeintlich enge Verhältnis zwischen Staat und Kirche erweisen. Diese Schwachpunkte sind zum einen die mangelnde Durchsetzungskraft des Moskauer Patriarchats in der Gesamtheit der Orthodoxen Kirchen und zweitens seine Verwundbarkeit gegenüber fundamentalistischen russischen orthodoxen Kreisen. Beide machen die Kirche zu einem weit weniger verlässlichen Partner bei dem Unterfangen der aktuellen russischen Führung, ihr Land zum globalen Anführer bei der Wahrung und Beförderung traditioneller Werte zu erheben, als dies auf den ersten Blick den Anschein haben mag.

Zwei Beispiele illustrieren die Schwäche des aktuellen Patriarchen Kirill: Wenige Wochen bevor das Moskauer Patriarchat seine Teilnahme am Panorthodoxen Konzil auf Kreta im Juni 2016 absagte, war Putin auf den Berg Athos gereist. Das Bild, das ihn vor einem thronähnlichen Bischofsstuhl in der Kirche des russischen Klosters des Hl. Pantaleon auf der Halbinsel Athos zeigt, wurde von dem bereits erwähnten TV Sender »Tsargrad.tv« so interpretiert, als hätten die Mönche von Athos Putin als Anführer der gesamten orthodoxen Christenheit die Ehre erwiesen. Von Seiten der Kirche fand diese PR-Aktion einen Monat später aber keine Entsprechung. Die realen Macht- und Anerkennungsverhältnisse innerhalb der Familie der Orthodoxen Kirchen verhinderten nämlich, dass dem Moskauer Patriarchat eine dominante Führungsrolle zugekommen wäre. Es konnte sich mit seinen Vorstellungen zum Panorthodoxen Konzil nicht durchsetzen, weshalb es ihm dann auch fernblieb. Nach dem Athos-Foto von Putin blieb die Russische Orthodoxe Kirche ein gleichermaßen symbolträchtiges Bild des Patriarchen als Vertreter der größten orthodoxen Kirche unter seinesgleichen schuldig.

Mehrere Kommentatoren haben darauf verwiesen, dass der Grund für die Absage der Teilnahme am Panorthodoxen Konzil in den Verhältnissen innerhalb der russischen Orthodoxie zu suchen ist. Sergej Tschapnin schreibt, es sei der rechte, fundamentalistische Flügel der Russischen Orthodoxen Kirche gewesen, der Patriarch Kirill durch seine unerwartet heftige Kritik an den Konzilsdokumenten, allen voran an dem Dokument zur Ökumene, zu einem Rückzug veranlasst hätte. Es sei die Unstimmigkeit zu einem weitgehend theologischen, ekklesiologischen und vor allem innerkirchlichen Thema gewesen, die dazu führte, dass das Moskauer Patriarchat seinen Anspruch auf eine Mitbestimmungsrolle in der globalen Orthodoxie fürs erste aufgeben musste.

Der anti-ökumenische fundamentalistische Flügel bereitete Patriarch Kirill 2016 aber noch eine zweite Niederlage, die das Bild einer starken, im Kampf für die Christen dieser Welt geschlossenen Russischen Ortho-

doxen Kirche an der Seite eines starken russischen Staats trübte. Andrej Schischkow hat in einem Artikel das Scheitern der Pläne des Moskauer Patriarchats und der US-amerikanischen »Billy Graham Evangelistic Association« (BGEA) beschrieben, gemeinsam einen »World Summit in Defense of Persecuted Christians« in Moskau zu organisieren. Ende Mai 2016 waren die Pläne öffentlich geworden, Moskau im Oktober 2016 zum Zentrum eines konfessionsübergreifenden Programms zur Verteidigung der Christen »im Nahen Osten, in Afrika und in anderen Regionen der Welt« (sprich: im säkularen Westen) zu machen. Es ist unschwer vorstellbar, dass die russische Regierung, engagiert im Krieg in Syrien, diesen Kongress nur allzu gerne unterstützt hätte. Das Foto von Putin mit religiösen Vertretern auf der Seite der verfolgten Christen dieser Welt schien bereits vorprogrammiert zu sein. Es kam aber nicht zum Kongress, und wieder waren es die fundamentalistischen rechten Kreise innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche, die dem Patriarchat einen Strich durch die Rechnung machten: Ihre Kritik an Patriarch Kirill hatte sich an dem Treffen zwischen Kirill und Papst Franziskus in Havanna entzündet und war seither nicht zum Verstummen gekommen. Eine zelebrierte Zusammenarbeit mit westlichen protestantischen Kirchen hätte erneut Wasser auf die Mühlen der Kritiker gegossen und dies mag, zumindest in den Augen informierter Beobachter, dem Patriarchen als zu riskant erschienen sein. Der Kongress wurde verschoben und fand dann im Mai 2017 in Washington statt. Franklin Graham, Billy Grahams Sohn und Chef der BGEA, begründete den Rückzug mit der Verschärfung der Religionsgesetzgebung in Russland, die evangelikale Christen in ihrer Religionsfreiheit einschränke.

Fazit

Die beiden hier skizzierten Ereignisse aus dem Jahr 2016 machen deutlich, dass die Russische Orthodoxe Kirche eine sehr viel prekärere »Machtressource« für den globalen ideologischen Führungsanspruch der russischen Regierung ist, als dies in den westlichen Medien wahrgenommen oder dargestellt wird. Die vielfach beschworene Strahlkraft Russlands als Verteidiger traditionel-

ler Werte, die auch Patriarch Kirill zu beschwören nicht müde wird, steht auf tönernen Füßen. Ihr steht die isolationistische, anti-ökumenische, anti-westliche und fundamentalistische Haltung eines großen Teils des russischen orthodoxen Klerus entgegen. Patriarch Kirill erscheint als Gefangener zwischen der Regierung auf der einen Seite, die die Kirche als Imagetragerin und Stimmungslieferantin für globale moralische Führungsansprüche nutzt, und einem rechten Flügel innerhalb der eigenen Kirche auf der anderen, der genau diese Politisierung und Internationalisierung ablehnt. Die eingangs skizzierte Einschätzung, die in jüngster Zeit in westlichen Medien weit verbreitet ist, wonach Russland auf dem Weg sei, die Führung einer globalen moralkonservativen christlichen Rechten zu übernehmen, sollte zu den tatsächlichen Kräften und Akteuren in Relation gesetzt werden, auf denen diese Entwicklung fußt. Es gibt zweifelsohne einzelne Personen und Gruppierungen mit ihren spezifischen Organisationen und mehr oder weniger regelmäßigen Veranstaltungen, die die russische Orthodoxie als Hort der traditionellen Werte global vernetzen möchten. Allerdings stellen sie innerhalb der Russischen Orthodoxen Kirche nicht die Mehrheit. Diese Tatsache macht das Moskauer Patriarchat zu einem sehr viel weniger verlässlichen Partner der aktuellen russischen Regierung, als das von den meisten Beobachtern und Beteiligten angenommen wird.

Ist die Russische Orthodoxe Kirche also zu konservativ, um zur Anführerin einer »Traditionalist International« (so Casey Michel im März 2017 in »Right Wing Watch«) zu werden? Für weite Teile der Russischen Orthodoxen Kirche muss diese Frage mit »ja« beantwortet werden. Dem internationalen Engagement für traditionelle Werte durch rechte russische religiöse Graswurzelbewegungen wie dem »World Congress of Families« tut dieser innerkirchliche Gegenwind keinen Abbruch; sie agieren weitgehend unabhängig. Dem Moskauer Patriarchat hingegen hat der fundamentalistische Flügel zwei empfindliche Niederlagen bereitet. Die russische Regierung wiederum wird mit einem innerkirchlichen Pluralismus von rechts zu rechnen haben, der sich der Kontrolle durch den Staat entzieht.

Über die Autorin

Kristina Stoeckl ist Assistenzprofessorin am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck und Principal Investigator im Projekt »Postsecular Conflicts« (ERC-STG-2015-676804). Sie beschäftigt sich mit transnationalen moral-konservativen Bewegungen und Religion und Politik in Russland. 2017 erscheint ihr gemeinsam mit Ingeborg Gabriel und Aristotle Papanikolaou herausgegebener Band »Orthodox Political Theologies« (Bloomsbury).

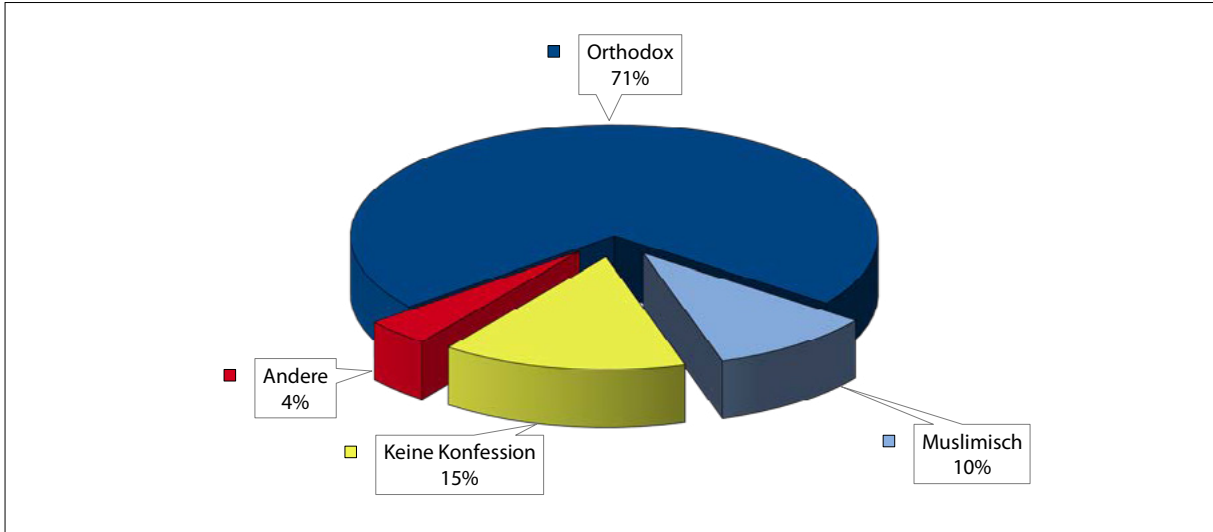
Lesetipps

- Gessen, Masha: Family Values. Mapping the spread of antigay ideology, in: Harper's Magazine, 20. Februar 2017; <<http://harpers.org/archive/2017/03/family-values-3/1/>>.
- Tschapnin, Sergej: Das Panorthodoxe Konzil ohne Russische Orthodoxe Kirche, in: RGOW, 2016, Nr. 11, 11–13.

UMFRAGE

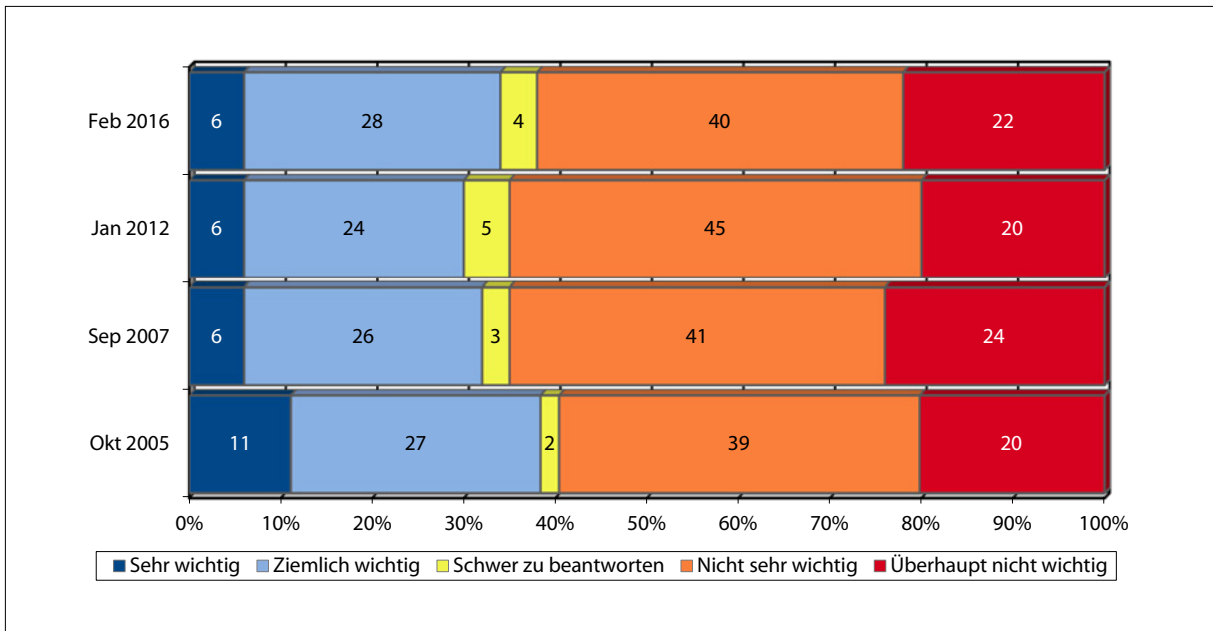
Kirche, Staat und Gesellschaft in Umfragen

Grafik 1: Religionsbekenntnisse in Russland 2015/16



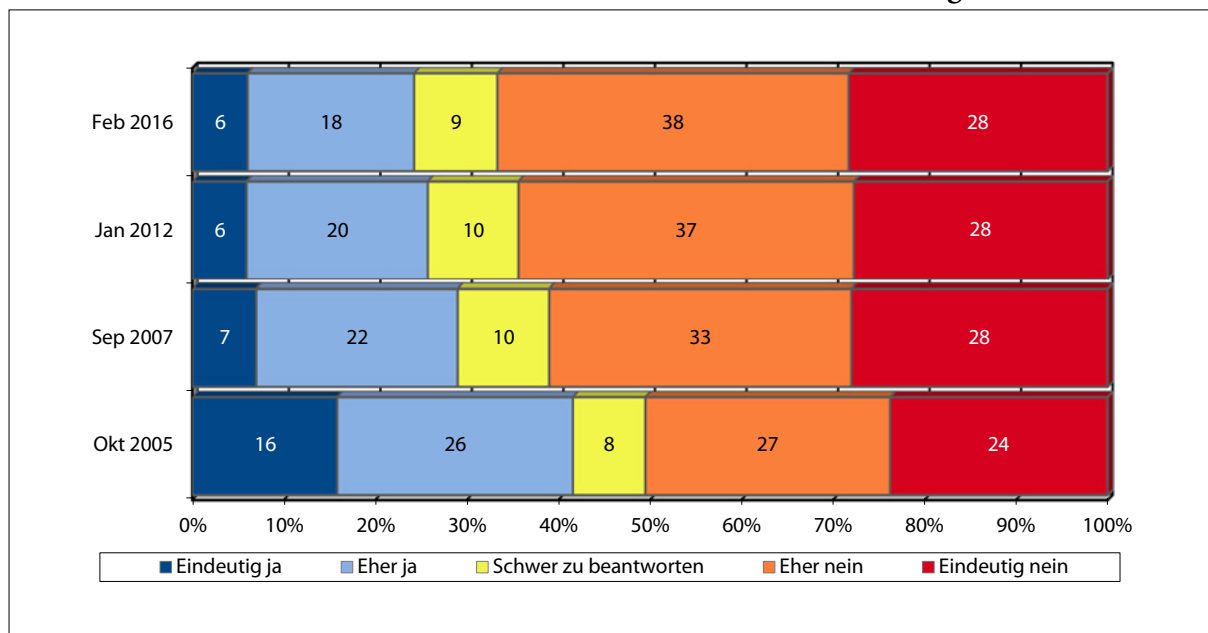
Quelle: Umfrage Pew Research Centre, <<http://www.pewforum.org/2017/05/10/religious-belief-and-national-belonging-in-central-and-eastern-europe/>>, 10. Mai 2017

Grafik 2: Wie wichtig ist Religion in Ihrem Leben?



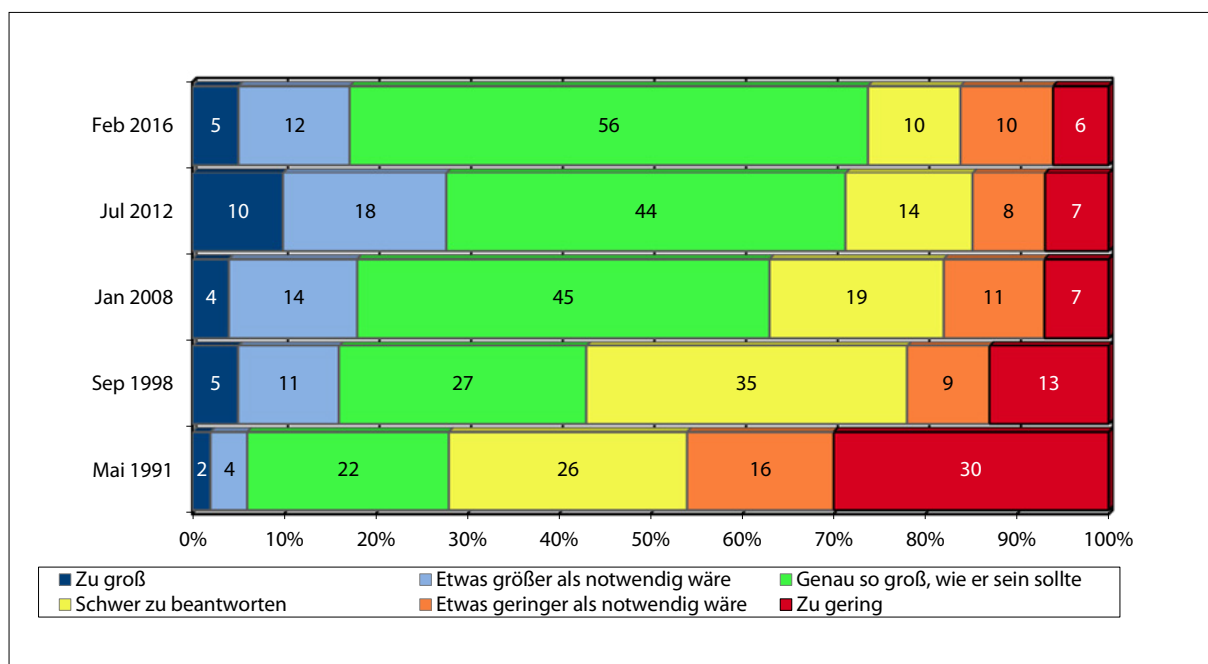
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/02/19/tserkov-i-gosudarstvo-2/>>, 19. Februar 2016

Grafik 3: Glauben Sie, dass die Kirche Einfluss auf staatliche Entscheidungen haben sollte?



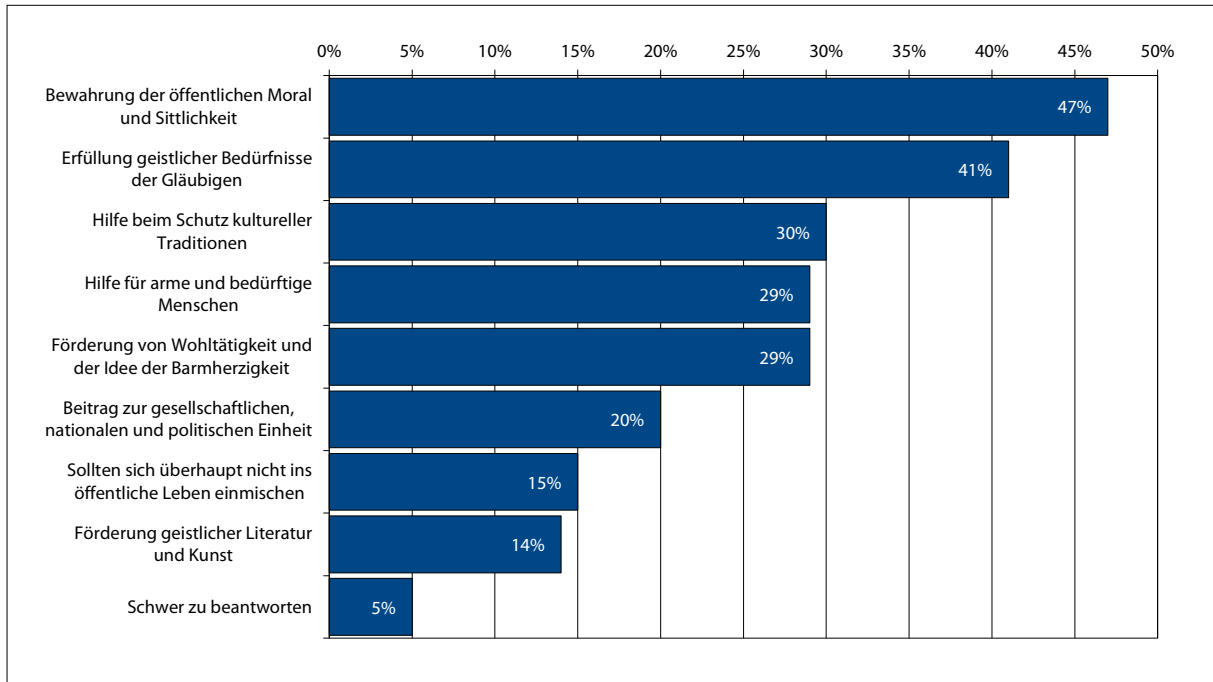
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/02/19/tserkov-i-gosudarstvo-2/>>, 19. Februar 2016

Grafik 4: Was glauben Sie, wie groß ist der Einfluss der Kirche und religiöser Organisationen in unserem Land auf die staatliche Politik?



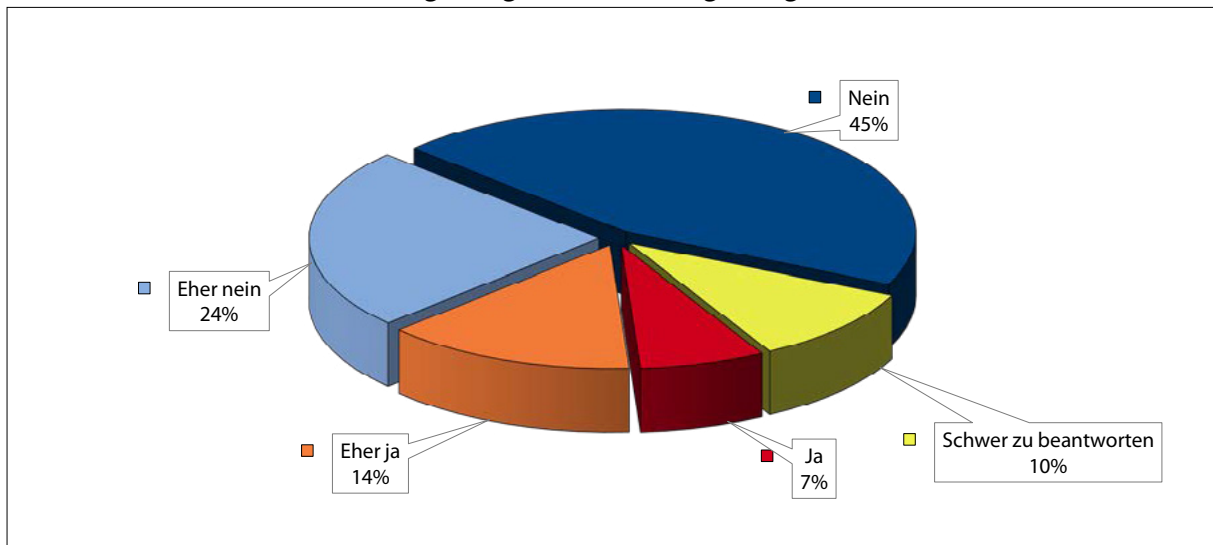
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/02/19/tserkov-i-gosudarstvo-2/>>, 19. Februar 2016

Grafik 5: Welche Rolle sollten Ihrer Meinung nach die Kirche und religiöse Organisationen im öffentlichen Leben Russlands spielen?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/02/19/tserkov-i-gosudarstvo-2/>>, 19. Februar 2016

Grafik 6: Stimmen Sie persönlich der Meinung zu, dass Orthodoxe in Russland gegenüber Atheisten und Andersgläubigen rechtlich begünstigt werden sollten?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2016/02/19/tserkov-i-gosudarstvo-2/>>, 19. Februar 2016

»Darf man in Russland noch Atheist sein?«

Eine Debatte über das Gerichtsurteil gegen den Blogger Sokolowskij wegen »Beleidigung der Gefühle von Gläubigen«

Sergey Medvedev, Berlin

Als die Band »Pussy Riot« 2012 ihr sogenanntes »Punk-Gebet« in der Moskauer Christi-Erlöser-Kathedrale aufführte, protestierte sie damit nach eigenen Angaben gegen die Wahlkampfunterstützung für Wladimir Putin durch den Patriarchen Kirill. Für Vertreter der Orthodoxen Kirche und für konservative Politiker hingegen war die Aktion eine Beleidigung religiöser Gefühle von Gläubigen. Drei Frauen der Punkrock-Band wurden verhaftet und schließlich zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt, was zahlreiche Debatten über das Verhältnis von Kirche und Staat in Russland auslöste. Es folgte eine neue Welle repressiver Gesetze, die u. a. die Meinungsfreiheit einschränkten.

So wurde die »Beleidigung religiöser Gefühle« 2013 von einer Ordnungswidrigkeit zur Straftat und immer öfter wenden russische Gerichte auch den Volksverhetzungs-Paragraphen auf kritische Äußerungen über die Kirche und die Bibel an. Unter diesen Vorwürfen wurde 2016 der Blogger Ruslan Sokolowskij festgenommen, weil er – trotz Warnungen des Föderationsrates und des russischen Fernsehens, dass die Kirche kein Platz für das populäre Smartphone-Spiel Pokémon GO sei – das Spiel während des Gottesdienstes spielte, Aufnahmen davon ins Netz stellte und sie kirchenkritisch kommentierte. Am 11. Mai 2017 wurde der 22-Jährige schließlich zu dreieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. In seinem Schlusswort vor Gericht betonte Sokolowskij, dass es keinen Gott gebe, er Atheist, Kosmopolit und Anhänger des Libertarismus, auf keinen Fall aber ein Extremist sei: »Als Anhänger des Libertarismus denke ich, dass die Freiheit des einen dort endet, wo die Freiheit des anderen beginnt; und objektiv gesehen habe ich niemandes Rechte und Freiheiten auf Religionsausübung verletzt, weil ich niemanden dabei gestört habe, den Glauben auszuüben, den er bevorzugt. Ja, vielleicht habe ich jemanden kritisiert, dennoch habe ich sie in keiner Weise in ihrer Tätigkeit gestört.«

Der prominente Journalist Wladimir Posner kritisierte in seiner Sendung im »Ersten Kanal« das Urteil und wandte sich rhetorisch an den Patriarchen Kirill, den Vorsitzenden des Verfassungsgerichts sowie den Präsidenten Russlands mit der Frage, ob man in Russland noch Atheist sein dürfe. Eine Antwort aus dem Kreml erhielt Posner nicht. Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitrij Peskow sagte lediglich, dass es keine Reaktion aus dem Kreml dazu geben werde, da es sich nicht um eine Angelegenheit der Präsidialverwaltung, sondern der Justiz handele. Auch der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Walerij Sorkin ließ die Frage Posners unbeantwortet, betonte aber wenige Tage später auf einem juristischen Forum in St. Petersburg, dass der »Schutz der Menschenrechte nicht die Moralprinzipien der Gesellschaft ruinieren und ihre religiöse Identität zerstören dürfe.« Einige Vertreter der Orthodoxen Kirche antworteten auf den Appell des Fernsehjournalisten mit der Warnung vor einer »Zunahme von antireligiösem Extremismus« in der Gesellschaft. Sie begrüßten aber das »milde Gerichtsurteil« im Falle des Bloggers Sokolowskij.

Ich bin Atheist. Muss ich nun dafür vor Gericht?

Wladimir Posner, Journalist (Moskau)

»Ich halte es für notwendig, Sie vorzuwarnen, dass man mich womöglich vor Gericht zerren und zu einer Haftstrafe verurteilen könnte. Für mich ist das genauso unerwartet wie für Sie, deswegen möchte ich kurz darauf eingehen.

Am letzten Donnerstag hat das Gericht des Werch-Isetskij-Bezirks von Jekaterinburg den Blogger Ruslan Sokolowskij zu dreieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Er wurde u. a. der Beleidigung der Gefühle von Gläubigen für schuldig befunden. Der Richterin Jekaterina Schaponjak zufolge erfolgte die Beleidigung der Gefühle von Gläubigen durch, ich zitiere: »Eine Leugnung der Existenz Gottes, eine Leugnung der Existenz der Begründer des Christentums und des Islams, Jesus Christus und Mohammed«.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass als das Gesetz über die Beleidigung der Gefühle von Gläubigen vor etwas mehr als drei Jahren verabschiedet wurde, viele davor warnten, dass es zur Verfolgung von Gegnern der Kirche genutzt werden wird. Jetzt ist es passiert. Jemand leugnet die Existenz des Gottes, er ist also Atheist. Einst wurde man für die Leugnung der Existenz Gottes, also für Atheismus, mit Verbrennung auf dem Scheiterhaufen bestraft, womit sich insbesondere die »Heilige Inquisition« befassete. Ich habe keinen Zweifel daran, dass es auch heuer noch Menschen gibt,

die es bedauern, dass diese Methode im Kampf gegen Häresie nicht mehr angewandt wird. Ich werde keine Namen nennen, weil ich sonst aufgrund Paragraph 282 des Strafgesetzbuches belangt werden könnte, wegen des Schürens von Hass; ich komme aber nicht umhin, an die Worte des stellvertretenden Vorsitzenden der Abteilung für Missionstätigkeit des Moskauer Patriarchats, Hegumen Serapion, zu erinnern, der kommentierte, ich zitiere: »Was für ein mildes Urteil«, und der die Hoffnung äußerte, dass Sokolowskij es als Zeichen dafür wahrnimmt, »dass es in dieser Welt Barmherzigkeit gibt und es die Quelle dieser Barmherzigkeit gibt, nämlich Gott«. Wo war Gott, als Menschen auf dem Scheiterhaufen verbrannt wurden... ist ja eine Frage.

Ich bin bekanntlich Atheist. Ich denke also, dass es keinen Gott gibt. Es ist nicht so, dass ich rumlaufe und von morgens bis abends schreie ‚es gibt ihn nicht, es gibt ihn nicht‘, aber ich verhehle meine Überzeugung auch nicht. Ich möchte aber eine erschöpfende Erklärung erhalten: Wenn man diese Ansichten predigt, verstößt man gegen das Strafgesetzbuch Russlands? Vielleicht könnte Patriarch Kirill sagen, ob ich seine religiösen Gefühle beleidige, wenn ich behaupte, dass es keinen Gott gibt? Vielleicht sagt mir der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, ob ich das Recht habe, das zu denken, was ich denke, und das auszusprechen, was ich ausspreche? Vielleicht könnte das Staatsoberhaupt hier Klarheit schaffen, ob mich ein Gerichtsverfahren erwartet und, so Gott will (das Wortspiel sei mir verziehen), ein mildes Urteil? [...]«

Wladimir Posner am 15. Mai 2017 bei Pozneronline; <<http://pozneronline.ru/2017/05/18894/>>.

Man kann Atheist sein, muss aber aufpassen, wie man sich äußert

Wsewolod Tschaplin, Erzpriester der Orthodoxen Kirche (Moskau)

»Ich weiß nicht, ob ihm jemand im Namen des Heiligen Patriarchen antworten wird. In letzter Zeit scheuen kirchliche Institutionen direkte Gespräche, was ich für falsch halte. Die Antwort ist eigentlich ganz einfach: ja, Menschen dürfen ihre atheistischen Ansichten äußern; eine andere Sache ist, dass es antireligiösen Extremismus gibt und Menschen, die Gläubige beleidigen und die von ihnen verehrten Symbole entwürdigen. Genau das hat Sokolowskij getan. [...] Er stand nicht wegen Atheismus vor Gericht. Die Formulierungen des Gerichts sind vielleicht nicht ganz glücklich gewählt. Atheist kann man sein; es gibt bei uns viele, und sie äußern ihre Meinungen. Wenn sie sich ruhig und korrekt äußern, kann es einen Dialog mit ihnen geben, und er wird geführt.«

Wsewolod Tschaplin am 15. Mai 2017 bei NSN; <<http://nsn.fm/society/chaplin-posporil-s-poznerom-o-srokakh-za-ateizm-v-rossii.html>>.

Atheisten loben ihren Sumpf, wie Faschisten den Faschismus loben

Dmitrij Smirnow, Priester der Orthodoxen Kirche (Moskau)

»Jeder Krämer preist die eigene Ware. Wer sich im Sumpf des Atheismus befindet, wird diesen loben, wie Faschisten den Faschismus loben. Wenn sich Wladimir Wladimirowitsch [Posner] zum Atheismus bekennt – bitte schön, so viel er möchte. Bei uns hat ein Teil der Akademie der Wissenschaften ihre Gottlosigkeit verkündet. Die Gläubigen haben einfach keine atheistischen Einrichtungen in die Luft gesprengt; aber die Atheisten haben allein in Moskau 350 altehrwürdige Kirchen abgerissen. Durch religiöse Menschen ist unserer Heimat kein Schaden entstanden, durch Atheisten aber jede Menge.«

Dmitrij Smirnow am 16. Mai 2017 im Interview für »nsn.fm«; <<http://nsn.fm/society/protoierey-smirnov-sravnil-poznera-s-fashistom-iz-za-zashhity-ateizma.html>>.

Das Urteil gegen Sokolowskij ist die effektivste antiorthodoxe Aktion seit Jahren

Stanislaw Dmitrijewskij, Bürgerrechtler, Nishnij Nowgorod

»Ich glaube, das Urteil gegen Sokolowskij ist die effektivste antichristliche und antiorthodoxe öffentliche Aktion in Russland seit Jahren. Durchaus vernünftig scheinende Freunde von mir fangen schon langsam an, den Kommissaren Sympathie entgegen zu bringen, die in den zwanziger Jahren Priester töteten und Denkmäler der Kirchenkultur zerstörten.«

Stanislaw Dmitrijewskij am 11. 2017 Mai auf Facebook; <<https://www.facebook.com/stanislaw.dmitrievskiy/posts/1332274270222808>>.

Das sind keine Atheisten, sondern »besessene Eiferer«

Dmitrij Steschin, Journalist (Moskau)

»[...] Zum einen wollte und will niemand Atheisten ins Gefängnis werfen. Selbst besessene Eiferer wandern nicht hinter Gitter. Ins Gefängnis kommt man nicht wegen Atheismus, sondern wegen Verhöhnung. Wie die »Pussys«, die an allen möglichen Orten gespielt haben – im Gericht, auf dem Roten Platz, in der U-Bahn, auf dem Dach eines Trolleybusses, bevor sie in die Kirche zogen und sich zwei Jährchen einhandelten.

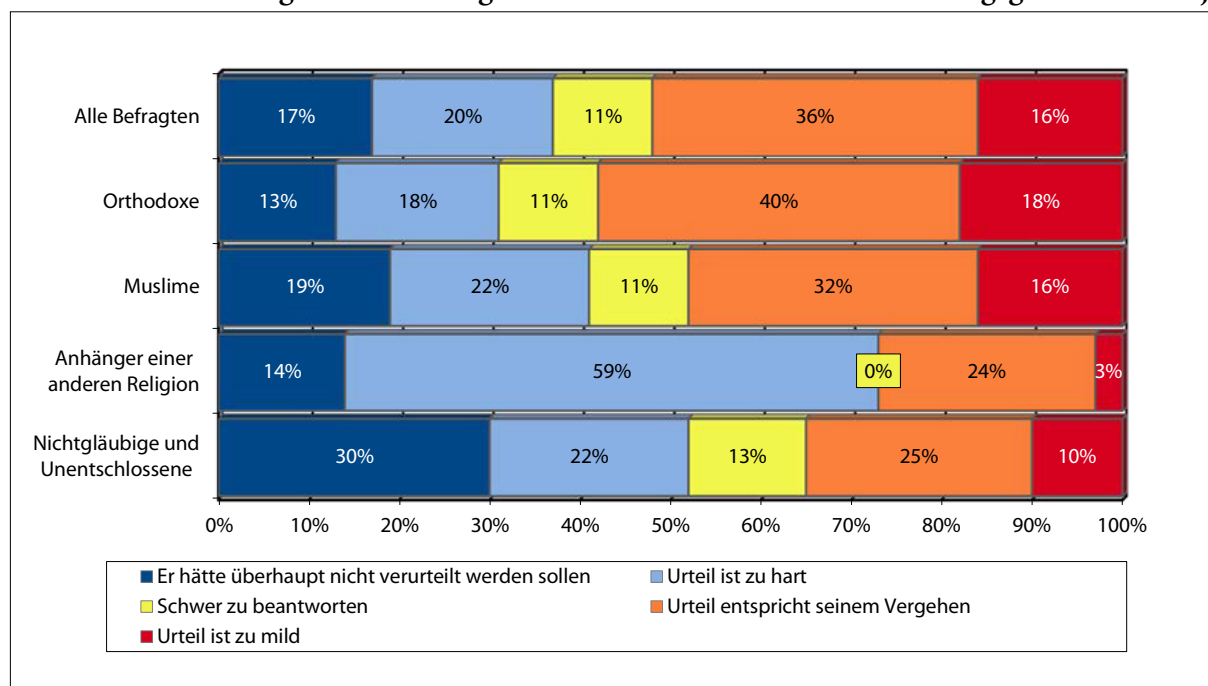
Wir sollten die Begriffe klären. Ein Atheist ist eine Person, die die Existenz eines bestimmten göttlichen Ursprungs und einer Höheren Kraft rundweg leugnen. Das heißt, ihm sind sakrale Konzeptionen gleichgültig, weswegen er sie *per definitionem* nicht hassen kann. Sie rufen bei Atheisten keine Wut hervor oder stoßen ihn ab. Wie kann etwas verärgern, was es nicht gibt auf der Welt? [...]

In letzter Zeit aber ändern sich die Tendenzen. Neben den Atheisten gibt es nicht wenige »besessene Eiferer« in der Welt, die sich gern als »Atheisten« bezeichnen. Erstaunlicherweise sehen nur wenige den Unterschied. Besessene Eiferer sind Leute, die nicht in der Lage sind, prinzipiell die Existenz eines fremden Glaubens ruhig zur Kenntnis zu nehmen; die Konfession spielt dabei kaum eine Rolle. Ein fremder Glaube ruft bei diesen Menschen irgendeine chthonische Reaktion hervor – eine durch nichts zu rechtfertigende Wut. Eine Wut von solcher Heftigkeit, dass man sie nur mit irgendwelchen finsternen Kräften erklären kann. Die sich eines Menschen bemächtigen, über seine Vernunft und Moral die Oberhand gewinnen. Ohne »Reinigungsritual« oder stationäre Behandlung ist es unmöglich, so etwas im Kopf zu tragen – es muss herausgespült werden, sonst platzt der Kopf. Der Prozess des Wegspülens von Gehirnexkrementen und Parasiten heißt im Volksmund »Verhöhnung«, im Strafgesetzbuch aber »Tat«. Genau wegen einer solchen »Verhöhnung/Tat« wurde der Blogger Sokolowskij verurteilt; und ich bitte Sie, hier keinen Atheismus und keine Heilige Inquisition unterzumischen. Der »Bengel Sokolowskij« hat mit seinen 22 Jahren absolut bewusst gehandelt, eigennützig und mit dem Ziel, werbewirksam seinen kommerzialisierten Blog zu pushen. Er hat »Besessenheit« zu Geld gemacht! Was auch immer Herr Posner schreiben mag: Es gibt bei uns keine Heilige Inquisition. Es gibt auch keine Strafpsychiatrie – es gab keinen Anhaltspunkt, um den infantilen aber sozial zurechnungsfähigen Blogger in eine Anstalt zu sperren. Eine Verhöhnung des Glaubens straffrei zu lassen, geht auch nicht, per Gesetz – es ist nicht im Interesse der Gesamtgesellschaft. Darüber hinaus wollte Sokolowskij nicht bei den Pokemons in der Kirche haltmachen, wovon er selbst gesprochen hat. [...]

Dmitrij Steschin am 16. Mai 2017 bei der »Komsomolskaja Prawda«; <<https://www.kp.ru/daily/26679/3701952/>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Grafik 7: Ruslan Sokolowskij wurde in einem Gerichtsverfahren zu dreieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt. Wie bewerten Sie das Urteil gegen Sokolowskij?



Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116241>>, 25. Mai 2017

Renowazija

Jens Siegert, Moskau

In den Notizen vor zwei Wochen war von Widersprüchen im System die Rede. Quelle und zugleich Resultat dieser Widersprüche ist, dass »staatlichem Handeln unter Putin letztlich immer zwei Ziele zugrunde [liegen]: der Machterhalt und die (privat und politisch motivierte) Bereicherung.« An der Moskauer Stadtpolitik (die in Russland immer Bedeutung für das ganze Land hat) lässt sich das gegenwärtig so beispielhaft illustrieren, wie selten. Worum geht es und wie fing es an?

Vor einigen Monaten saßen Präsident Putin und der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin im Kreml zusammen. Das Fernsehen war dabei. So etwas ist immer eine Inszenierung. Sobjanin sagte Putin, mehr als eine Million Moskauer lebten immer noch in baufälligen Häusern aus der Zeit des KPdSU-Generalsekretärs Nikita Chruschtschow, in den sogenannten *Chruschtschowkas*. In den späten 1950er und den 1960er Jahren waren in der Sowjetunion als Reaktion auf die große Wohnungsnot nach dem Krieg Millionen sehr einfache Mehrfamilienhäuser gebaut worden. Sie hatten fünf Stockwerke, keine Aufzüge, meist Durchgangszimmer, kleine Küchen und außerdem waren – für das russische Verständnis ein großer Mangel – Toilette und Bad nicht getrennt.

Zudem waren für den Bau der *Chruschtschowkas* die Baustandards gesenkt worden. Die neuen Häuser sollten, so der Plan, 40 Jahren lang stehen, um dann abgerissen und durch neue, bessere Häuser ersetzt zu werden. Nun sind 60 bis 70 Jahre vergangen und viele *Chruschtschowkas* stehen immer noch. Zwar wurden vor rund 15 Jahren unter Sobjanins Vorgänger Jurij Luschkow viele dieser Leichtbauten abgerissen und neue, modernere Wohnhäuser errichtet. Nach Meinung der Moskauer Stadtverwaltung leben aber immer noch rund 1,4 Millionen Menschen in Moskau in eigentlich abrissswürdigen Häusern.

Das also erklärte Sobjanin gegenüber Putin und bat ihn um Unterstützung, um Abhilfe zu schaffen. Die Moskauer Stadtverwaltung wolle ein großes Investitionsprogramm auflegen, um all diese Häuser zu ersetzen. Um das aber durchzusetzen, brauche es Gesetzesänderungen, nicht nur auf regionaler Ebene, sondern auch auf föderaler Ebene. Putin stimmte Sobjanin, wie in solchen Inszenierungen üblich, zu und versprach, das entsprechende Gesetz zu unterstützen, was heute in Russland gleichbedeutend damit ist, dass es dieses Gesetz geben wird.

Nun könnte man glauben, dass sich viele Menschen, die in alten, beengten, meist seit ihrem Bau nie wirklich renovierten Häusern leben, freuen, wenn ihnen neue Wohnungen in Aussicht gestellt werden. Doch der Instinkt sagte vielen russischen Bürgerinnen und Bürgern,

dass immer, wenn ihre Machthaber eine Wohltat ankündigen, erst einmal Vorsicht geboten ist. So auch hier (siehe »Aus russischen Blogs« in den [Russland-Analysen Nr. 334](#)).

Die erste Liste umfasst gut 8.000 abzureißende Häuser, in denen mehr als 1,4 Millionen Menschen leben. Darunter befinden sich tatsächlich viele *Chruschtschowkas*, aber auch andere Häuser, auf die oft die Merkmale *fünfstöckig* und *alt* zutreffen, oft auch *unrenoviert*, deren Bewohner aber aus vielen Gründen nicht ausziehen wollen (was im Übrigen auch für nicht wenige Bewohner der eigentlichen *Chruschtschowkas* gilt). Den größten Schock erlebten die betroffenen Moskauer und Moskauerinnen aber, als ein erster Entwurf des von Putin versprochenen Gesetzes bekannt wurde. Darin wird der Moskauer Stadtverwaltung praktisch das Recht eingeräumt, die Menschen – denen die Wohnungen meist gehören – zu enteignen. Und das geht so:

Die Stadtverwaltung benachrichtigt die Menschen, dass ihr Haus abgerissen wird und bietet ihnen gleichzeitig eine Ersatzwohnung an (die immerhin nicht weniger Quadratmeter haben darf als die alte). Binnen 60 Tagen müssen die betroffenen Menschen diesem Angebot nicht nur zugestimmt haben, sondern auch schon umgezogen sein. Ansonsten kann zwangsgeräumt werden. Einspruchsmöglichkeiten sieht das Gesetz nicht vor. Klagen vor Gericht werden ausgeschlossen. Viele Juristen sehen deswegen das Gesetz als verfassungswidrig an. Leider ist das Verfassungsgericht dafür bekannt, sich wenig davon beeindruckt zu lassen, was die Verfassung sagt. Was der Kreml sagt, also Putin, ist wichtiger.

Schnell regte sich Protest. Im Internet, insbesondere in den sozialen Netzwerken rieten Juristen und eine Handvoll unabhängiger Kommunalabgeordneter, wie Wohnungsbesitzer sich am besten vor dem unerwünschten Abriss und der unerwünschten Umsiedlung schützen könnten. Denn ob das Vorhaben der Behörden gelingt, hängt auch von der Trägheit oder Unwissenheit der Menschen ab. Laut Gesetz können sich die Bewohner eines Hauses zusammenschließen, einen »Hausrat« bilden und die Angelegenheiten ihres Hauses weitgehend in die eigenen Hände nehmen. Bisher ist das aber die große Ausnahme. Und dort, wo es Hausräte gibt, werden sie meist von den Stadtverwaltungen dominiert, die zwar private Unternehmen sind, aber mit *engen* (das ist in vielen Fällen ein Euphemismus für *korrupte*) Verbindungen zur Stadtverwaltung.

In Moskau mit seinen offiziell knapp 13 Millionen Einwohnern dominieren ganze drei Firmen diesen Multimilliardenmarkt. Sie haben jedes Interesse daran, Eigeninitiative gar nicht erst aufkommen zu lassen. Denn Eigen-

initiative könnte dazu führen, dass die Bewohner, meist eher unzufrieden mit der Arbeit der Hausverwaltungen, auf die Idee kämen, die Hausverwaltung einer anderen Firma zu übertragen oder in die eigenen Hände zu nehmen.

Nach einer (eher kleinen) Welle von Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern/Wohnungsbesitzern und Wohnungsverwaltungen Mitte der 2000er Jahre hatte sich eine Art Modus Vivendi herausgebildet. Die Wohnungsverwaltungen waren ein wenig besser geworden. Das Interesse vieler Bewohner an Eigeninitiative kleiner. Eine kurze Phase der Aktivität setzte vor gut drei Jahren ein, als die Stadtverwaltung das Parken am Straßenrand ausgehend von der Innenstadt nach und nach kostenpflichtig machte. Die Parker wichen auf die Höfe aus. Bewohner fanden kaum noch Parkplatz. Daraufhin bildeten sich in vielen Höfen Initiativgruppen, die die Bewohner zusammenbrachten und gemeinschaftlich finanzierte Schlagbäume an den Einfahrten aufstellen ließen.

Auf diese und andere kleinere Erfahrungen von Kooperation greifen nun viele Initiativgruppen zurück, die sich schnell nach Bekanntwerden des ersten Gesetzesentwurfs bildeten. Inzwischen gibt es mehrere Hundert in Moskau. Mitte Mai organisierten sie eine Demonstration gegen die *Renowazija*, zu der nach Veranstalterangaben bis zu 20.000 Menschen kamen. Für Moskauer Verhältnisse eine durchaus beachtliche Zahl. Die Veranstalter der Demonstration waren sehr darauf bedacht, zu erklären, sie machten »keine Politik«. Politiker waren entsprechend auch nicht als Redner auf der Kundgebung zugelassen. Dafür sprach eine Vertreterin der Stadtverwaltung, die versicherte, man werde die Meinung der Hausbewohner bei der Entscheidung, welches Haus abgerissen werde und welches nicht, berücksichtigen. Auch eine Änderung des in die Staatsduma eingebrachten Gesetzesentwurfs wurde versprochen.

Kurze Zeit später wurde eine neue Liste der abzureißenden Häuser veröffentlicht, die anstelle von 8.000 nur noch 4.500 Häuser umfasste. Bürgermeister Sobjanin versicherte, wenn sich die Mehrheit der Bewohner eines Hauses gegen den Abriss ausspreche, werde das Haus auch nicht abgerissen, ob es nun auf dieser Liste stehe oder nicht. Etwa gleichzeitig erklärte aber die Stadtverwaltung, man habe in mehr als 500 Häusern bereits Umfragen durchgeführt und es habe »nicht eine Stimme« gegen den Abriss gegeben. Das vom Kreml kontrollierte Meinungsforschungsinstitut WZIOM veröffentlichte die Ergebnisse einer Umfrage, der zufolge »eine Mehrheit der Moskauer« für die *Renowazija* sei.

Nun sind tatsächlich nicht alle Bewohner der *Chruschtschowkas* und (weniger) anderer betroffener Wohnhäuser gegen Abriss und Umzug. Insbesondere Bewohner sogenannter *Kommunalkas*, also Wohnungen, in denen mehr als eine Familie/Partei lebt, erhoffen sich,

wohl zurecht, von dem Programm eine eigene Wohnung. Ähnlich war es vor 15 Jahren. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Abrissen seinerzeit und heute. Vor 15 Jahren waren die *Chruschtschowkas* tatsächlich heruntergekommen. Die meisten Wohnungen waren seit der Sowjetzeit kaum renoviert worden. Gerade in den *Chruschtschowkas* waren viele Wohnungen noch nicht privatisiert. Doch inzwischen hat sich einiges geändert.

Erstens wurden die ältesten und baufälligsten Häuser bereits vor 15 Jahren abgerissen. Zweitens nimmt die Stadtverwaltung diesmal auch zwar ältere aber durchaus repräsentable Häuser ins Visier. Drittens gab es zwischen Anfang der 2000er Jahre und heute die zehn wirtschaftlich fetten Jahre. Viele Menschen haben sich Wohnung gekauft (meist auf Kredit, der lange abbezahlt wurde oder oft noch nicht abbezahlt ist) und/oder ihre (gegen eine geringe Gebühr) *privatisierten* Wohnungen aufwändig renoviert, neue Fenster eingebaut, neue Fußböden, Badewannen, Küchen und so weiter.

Daraus ergibt sich ein grundsätzlich anderes Verhältnis zum Eigentum. Während Wohnungen zuvor etwas waren, was der Staat gab (und mitunter wieder nahm), so handelt es sich nun um etwas Eigenes, etwas, das man sich im direkten Sinn des Wortes *verdient* hat. Das nun wieder weggenommen oder gegen etwas Minderwertiges eingetauscht zu bekommen, wird als feindlicher Akt des Staates betrachtet. Hinzu kommt, dass zwar die Vorstellung verbreitet ist, es sei in erster Linie der Staat, der für das Wohlergehen seiner Bürger zuständig sei. Gleichzeitig aber gibt es ein tiefes Misstrauen gegenüber eben diesem Staat. Kaum jemand glaubt, dass das staatliche Versprechen, niemand werde nach der *Renowazija* eine schlechtere Wohnung haben als vorher, eingehalten wird. Entsprechend finster ist die Stimmung.

Nach all dem Gesagten, stellt sich die Frage, warum die Moskauer Stadtverwaltung quasi mutwillig so viele, eher unpolitische, sicher in ihrer Mehrheit nicht oppositionelle Menschen gegen sich aufbringt. Zuerst kann ich da nur auf das Eingangszitat verweisen. Nicht so sehr eine politische, auf das Ganze gerichtete Ratio spielt bei vielen Entscheidungen im System Putin die wichtigste Rolle. Es sind eher die Klientelbeziehungen innerhalb des (jeweils) obersten Machtzirkels, die bedacht und bedient werden müssen. Während in den »fetten« 2000er Jahren beides gleichzeitig möglich war, also das Klientelsystem am Laufen zu halten und die Bürger etwas abbekommen zu lassen, wird das in Zeiten der Krise immer schwieriger. Und der Bau- und Immobiliensektor ist in Moskau (wie übrigens in allen großen Städten dieser Welt) sowohl ein wirtschaftlicher als auch ein Machtfaktor.

Interessanter vielleicht ist aber die Frage, ob sich dieser Protest so schnell und so (relativ) leicht wieder einfangen lässt, wie das in den vergangenen Jahren mit vie-

len sozialen Protesten gelungen ist. Eine Möglichkeit, wie dies gelingen könnte, wäre der geordnete, zumindest teilweise Rückzug der Stadtverwaltung. Anzeichen dafür gibt es. Sie bestehen bisher aber ausschließlich in Worten. Die *Renowazija* hat in der Praxis noch gar nicht angefangen. Die ersten »Angebote« für neuen Wohnungen an Einwohner abzureißender Häuser sollen erst in einem halben Jahr erfolgen. Es könnte also sehr gut sein, dass die Strategie der Stadtverwaltung darin liegt, jetzt die Empörung abzufangen, die Hausräte sich beruhigen zu lassen, um dann Haus für Haus vorzugehen. Es kann gut sein, dass das aufgeht. Schon jetzt ist zu sehen, dass in den knapp 4.000 Häusern, die entgegen der ersten Veröffentlichungen nun doch (erst einmal) nicht auf der Abrissliste stehen, viele Menschen erleichtert aufatmen und sich entspannen. Ob die Solidarität mit denjenigen, die es tatsächlich treffen wird, auch dann ausreicht, wenn viele selbst nicht (mehr) betroffen sind, ist fraglich. Zudem ist auch die Angst verbreitet, dass, wer sich rührt, als nächstes dran sein könnte.

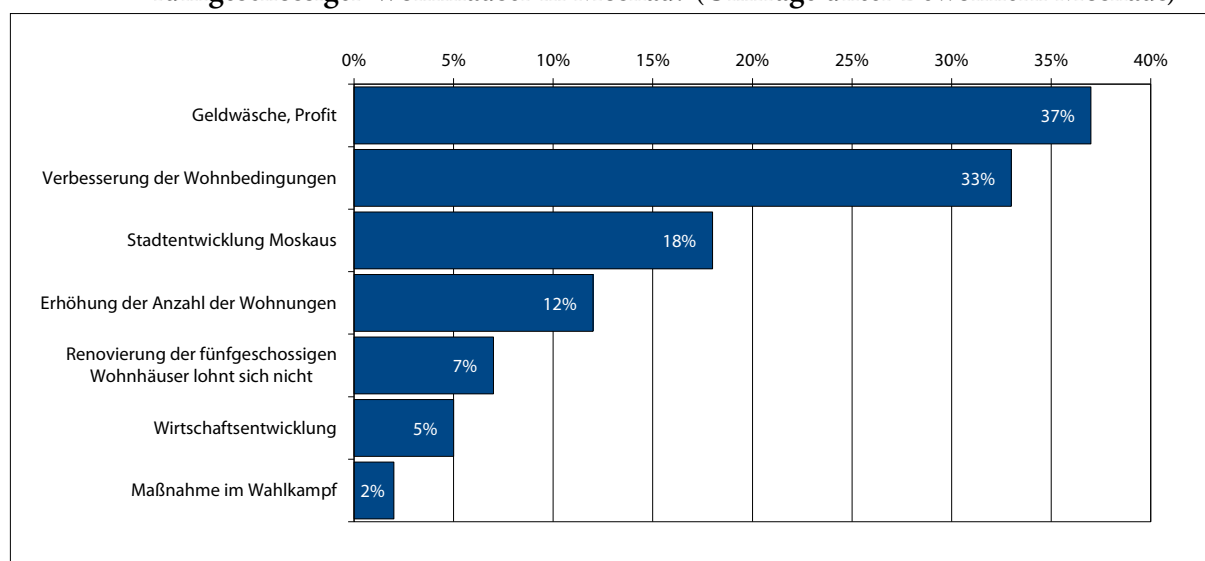
Eines macht allerdings ein wenig Hoffnung. Wenn man sich die Geschichte neuerer sozialer Bewegungen und politischer Lernkurven in demokratischen Gesellschaften anschaut, dann waren es häufig die Auseinandersetzungen um den städtischen Raum, die unmittelbaren Lebenswelten, die zur Entwicklung zivilgesellschaftlichen Bewusstseins und zivilgesellschaftlicher Strukturen beigetragen haben. Eine der Wurzeln der Bürgerinitiativbewegung in Deutschland waren in den 1960er Jahre Proteste gegen die Sanierung ganzer Stadtviertel und die damit verbundene Verdrängung wirtschaftlich schwä-

cherer Bevölkerungsgruppen aus ihren angestammten Wohngebieten. Hier bildeten sich Koalitionen zwischen (meist linken) Studenten und bürgerlichen Milieus, die später auch für den Erfolg der Anti-Atom- und Ökologie-Bewegung und den Aufstieg der Grünen konstitutiv waren. Ähnliches ist in vielen Gesellschaften geschehen und hat auch schon in Russland Vorbilder. Es waren die Proteste gegen die Bebauung von Freiflächen in den Zentren großer Städte und gegen unerträgliche Privilegien von hohen Beamten und Reichen im dichten Straßenverkehr, die in der Regierungszeit Putins als erste nicht nur Massencharakter annahmen, sondern auch Zustimmung in weiten Bevölkerungskreisen erhielten. Das liegt vor allem am vorwiegend als nicht politisch empfundenen Gegenstand des Protests, der Bündnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen über sozioökonomische, soziokulturelle und ideologische Grenzen hinweg ermöglicht. Ihr möglicher gemeinsamer Erfolg kann die Grundlage für ähnliche Bündnisse in der Zukunft und an anderem Ort werden.

Der Protest gegen die *Renowazija* trägt diese Möglichkeit auch in sich, nicht zuletzt, weil er gegenwärtig nicht allein steht. An vielen Stellen im Land regt sich seit einiger Zeit wieder mehr Protest. Ich habe das jüngst in meinem Blog ein wenig aufgeschrieben (<<http://russland.boellblog.org/2017/04/25/proteste-in-russland-eintagsfliegen-oder-tendenz/>>). Ob diese hier angedeutete Möglichkeit sich entfaltet, muss abgewartet werden.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 8: Welches Ziel verfolgen Ihrer Meinung nach die Initiatoren des Programms zum Abriss fünfgeschossiger Wohnhäuser in Moskau? (Umfrage unter Bewohnern Moskaus)



Quelle: Umfrage des WZIOM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116199>>, 25. Mai 2017

11. – 25. Mai 2017

11.05.2017	Das Werch-Isetskij-Bezirksgericht in Jekaterinburg verurteilt den Blogger Ruslan Sokolowskij wegen Anstiftung zu Hass und wegen Verletzung religiöser Gefühle zu dreieinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung. Sokolowskij hatte in der Jekaterinburger Kathedrale auf dem Blute »Pokémon Go« gespielt und kommentierte Videos davon ins Internet gestellt.
12.05.2017	Die frühere Präsidentin der »Wneschprombank«, Larisa Markus, wird wegen Unterschlagung von 113,5 Mrd. Rubel (ca. 1,8 Mrd. Euro) zu neun Jahren Haft verurteilt. Der Bank wurde bereits im Januar 2016 die Lizenz entzogen.
12.05.2017	Durch eine Cyberattacke mit der Schadsoftware »WannaCry« werden weltweit mehr als 200.000 Computer außer Betrieb gesetzt. Etwa 80 % der Angriffe finden nach Angaben des IT-Sicherheitsunternehmens »Kaspersky Lab« auf Computer in Russland statt. Betroffen sind u. a. das Innenministerium, die russische Eisenbahngesellschaft und der Telekommunikationskonzern »Megafon«.
13.05.2017	Der Innenminister der Republik Tschetschenien, Ruslan Alchanow, weist Berichte über eine Verfolgung von Homosexuellen zurück. Entsprechende Meldungen würden jeder Grundlage entbehren.
14.05.2017	In Moskau demonstrieren unterschiedlichen Angaben zufolge zwischen 8.000 und 30.000 Menschen gegen den Abriss fünfgeschossiger Wohnhäuser v. a. aus den 1960er und 1970er Jahren. Der Moskauer Bürgermeister Sobjanin verspricht, die Meinung der Bevölkerung in größtmöglichem Umfang zu berücksichtigen.
15.05.2017	Russland und Saudi-Arabien wollen die Erdölförderung weiterhin begrenzen. Entsprechende Absprachen der OPEC und weiterer erdölproduzierender Länder sollen bis Ende März 2018 verlängert werden. Dies erklären der saudische Ölminister Khalid Al-Falih und der russische Energieminister Alexandr Nowak am Rande eines G20-Treffens in Peking.
16.05.2017	Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko verhängt per Erlass Sanktionen gegen russische IT-Unternehmen. Vom Verbot in der Ukraine betroffen sind u. a. die Suchmaschine »Yandex«, der Email-Provider »Mail.ru«, die sozialen Netzwerke »VKontakte« und »Odnoklassniki« sowie das Buchhaltungsprogramm 1C, das von rund 80 Prozent der Firmen in der Ukraine genutzt wird.
17.05.2017	Präsident Wladimir Putin erklärt sich bereit, die Aufzeichnungen eines Gesprächs zwischen Außenminister Sergej Lawrow und US-Präsident Donald Trump auf Wunsch dem Kongress der Vereinigten Staaten zur Verfügung zu stellen, wenn das Weiße Haus dem zustimmt. Zuvor hatten US-amerikanische Medien berichtet, dass Trump in dem Gespräch sensible Geheimdienstinformationen über die Terrormiliz IS verraten haben soll.
18.05.2017	Das europäische Parlament fordert von den Behörden Tschetscheniens, die Inhaftierung und Folter von homosexuellen Männern zu beenden. Die Abgeordneten verlangen außerdem eine sofortige Untersuchung der Vorwürfe durch Russlands und fordern die EU-Kommission und den Europarat auf, Russland dabei zu unterstützen. Menschenrechtler des Russischen LGBT-Netzes berichten unterdessen, dass sie bereits über 40 Menschen aus Tschetschenien in andere Regionen Russlands evakuiert hätten. Sie erhoffen sich Visa von europäischen Ländern für eine Ausreise der Betroffenen.
19.05.2017	Der stellvertretende Justizminister Michail Galperin wird zum neuen Vertreter Russlands beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ernannt. Im März hatte Präsident Putin den bisherigen Vertreter Russlands, Georgij Matjuschkin, von seinem Posten entbunden.
20.05.2017	Russland beantragt bei der Welthandelsorganisation (WTO) Konsultationen zur Beilegung des Streits mit der Ukraine. Grund sind die seit 2014 von der Ukraine eingeführten Beschränkungen, Verbote, besonderen Anforderungen und Verfahrensweisen im Handel von Waren und Dienstleistungen mit Russland sowie im Transit.
21.05.2017	Russland wird bei der Eishockey-WM in Köln und Paris nach einem 5:3 Sieg gegen Finnland Dritter. Zuletzt war die russische Herrenmannschaft 2014 Eishockey-Weltmeister geworden.

22.05.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ruft auf dem Gipfel der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation in Istanbul die zwölf Mitgliedsstaaten auf, Handel und Investitionen in der Schwarzmeerregion zu intensivieren, um eine »prosperierende Zone der Stabilität« zu schaffen. Der ukrainische Wirtschafts- und Handelsminister Stepan Kubiw unterstreicht auf dem Treffen, dass ohne die Wiederherstellung der territorialen Einheit seines Landes nicht von Frieden und Stabilität in der Region gesprochen werden könne.
23.05.2017	Wegen des Vorwurfs der Veruntreuung von 200 Mio. Rubel durchsucht das Strafermittlungskomitee das Moskauer »Gogol-Zentrum« sowie die Wohnung dessen künstlerischen Leiters, Kirill Serebrennikow. Das »Gogol-Zentrum« gilt als progressives Theater und Hochburg der Kunstfreiheit in Russland. Zahlreiche Künstler erklären sich mit dem Zentrum und dessen Leiter solidarisch.
24.05.2017	Ein Teilnehmer der Proteste vom 26. März wird in Moskau wegen Gewaltanwendung gegen einen Polizisten zu eineinhalb Jahren Straflager verurteilt. Im südrussischen Wolgograd wird ein Student zu eineinhalb Jahren Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt, weil er auf der dortigen Demonstration am 26. März einen Polizisten einen Fußtritt versetzt haben soll, als dieser einen Schüler festnehmen wollte.
25.05.2017	Der russische Inlandsgeheimdienst FSB nimmt vier mutmaßliche Mitglieder der Terrororganisation »Islamischer Staat« fest. Sie werden verdächtigt, mit selbstgebauten Sprengsätzen einen Anschlag auf die Moskauer Verkehrsinfrastruktur geplant zu haben.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>
Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>
Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>